Landtag Brandenburg **Drucksache 8/3331**
8. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Steuergeldfinanziertes Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ nicht länger unterstützen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die finanzielle Förderung des Netzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ einzustellen und eine Mitgliedschaft von Brandenburger Schulen zu untersagen.

Begründung:

Dem 1995 als Reaktion auf ausländerfeindliche Ausschreitungen gegründeten „überparteilichen“[1] Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gehören bundesweit mittlerweile 5000 Schulen an, davon 119 im Land Brandenburg (Stand: 21. Mai 2026). Das bundesweit größte Schulprojekt wendet sich nach eigenem Bekunden „bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt“. Die Teilnahme an der „Bewegung“[2] setzt eine Initiativbewerbung der interessierten Schule und die Zustimmung von mindestens 70 Prozent der Schulgemeinschaft in einer geheimen Abstimmung voraus. Fällt diese positiv aus, so ist nicht nur das Alu-Schild „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sichtbar am Schulgebäude anzubringen, sondern damit auch die „Selbstverpflichtung“[3] verbunden, fortan „nachhaltige Projekte, Aktionen und Veranstaltungen“ sowie „jedes Jahr Projekte gegen alle Formen von Diskriminierungen“ durchzuführen und sich aktiv gegen „Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen“ im Schulalltag zu wenden.[4]

Letzteres sind die natürliche Aufgabe und gesetzlicher Auftrag einer jeden Schule gemäß § 4 Absatz 4 und 5 BbgSchulG und muss daher selbstverständliches Anliegen sein, das nicht durch das Anbringen einer großformatigen Plakette visuell und moralisch zusätzlich unterstrichen werden muss. Hinzu kommt, dass das Äußern von berechtigten Zweifeln an der behaupteten „Überparteilichkeit“ des Netzwerkes, von Skepsis oder Kritik an den Projektinhalten offenkundig nicht geduldet wird.

[1] Vgl. https://www.schule-ohne-rassismus.org/mitmachen/weitere-tipps-at/; letzter Aufruf: 08.07.2026.
[2] Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport: „Geschwister-Scholl-Grundschule Bad Belzig ist Deutschlands 5000. Schule mit Courage“ vom 23.02.2026.
[3] https://www.schule-ohne-rassismus.org/mitmachen/courage-schule-werden/; letzter Aufruf: 08.07.2026.
[4] Vgl. ebd.

Eingegangen: 02.09.2026 / Ausgegeben: 02.09.2026

Dies zeigte sich zuletzt in den Reaktionen auf die „Elterninitiative neutrale Schule Bestensee“, die eine Projektteilnahme der dortigen Grundschule verhindern wollte und dazu aufrief, in der Abstimmung – der eine entsprechende „Vorbereitung“ der Schüler im Umfang von zwei Unterrichtsstunden vorausgegangen war – mit „Nein“ zu stimmen. Als Begründung wurden u. a. mangelnde vorherige Einbindung und Information der Elternschaft sowie ernste Zweifel an der politischen Ausrichtung des Netzwerkes angeführt. Die offen und transparent kommunizierten Beweggründe[5] für die Ablehnung seitens der Elterninitiative wurden medial tagelang skandalisiert, die Angelegenheit gar, wie der RBB berichtete, vom Minister für Bildung, Jugend und Sport „zur Chefsache“ erklärt.[6] Dieser stattete der Schule daraufhin am 8. Juni 2026 – einem Werktag – angeblich „spontan“ um neun Uhr morgens einen Besuch ab, um der Schule bei ihrem Anliegen „den Rücken [zu] stärken“. Im entsprechenden RBB-Beitrag[7] wurde mehrfach insinuiert, die Abwesenheit von Vertretern der Elterninitiative sei Ausdruck von Dialogverweigerung gewesen. Diese teilte daraufhin ihrerseits schriftlich mit, von dem „spontanen“ Ministerbesuch keinerlei Kenntnis gehabt zu haben. Im Ergebnis wurden die Eltern von allen Beteiligten auf perfide Art und Weise – ob seitens des Ministers, des Bürgermeisters oder des RBB – in die Nähe von Rassisten gerückt und ihnen „Verstöße gegen das Grundgesetz“ unterstellt. Während den Eltern vorgeworfen wurde, sich dem Dialog zu entziehen, blieb das an Bildungsminister Hoffmann gerichtete Gesprächsangebot[8] unbeantwortet.

Der skandalöse Umgang mit den Eltern steht im eklatanten Widerspruch zu den vom Netzwerk, von Politik und Medien beschworenen Werte von „Toleranz“, „Vielfalt“ und „Respekt“.

Dabei sind Zweifel, Skepsis, Kritik und sogar Ablehnung von Inhalt, Ziel und Ausrichtung des Netzwerks legitim; denn unter dem Etikett „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wird im Rahmen der einzugehenden „Selbstverpflichtung“ automatisch ein ganzes Bündel an Anliegen und Themen in Schulalltag und Unterricht hineingetragen, die ausnahmslos dem antideutschen, linksliberalen, „woken“ und „progressiven“ Milieu entstammen und über deren ideologisch-dogmatische Stoßrichtung von vornherein keinerlei Zweifel bestehen können. So haben sich die Schüler sowohl gegen „Klassismus“, „Ableismus“, „Kolonialismus“, „Muslimfeindlichkeit“ und gegen „Rechtsextremismus“ auszusprechen als auch gleichsam für „Flucht und Asyl“, „Queerness“ (in Verbindung mit den fragwürdigen Inhalten der „Sexualpädagogik der Vielfalt“) sowie – selbstverständlich – für „Vielfalt“, „Toleranz“ und „Respekt“ einzutreten – Werte, die mittlerweile zu inhaltsleeren Schlagworten verkommen sind. Dass bei der Auseinandersetzung mit diesen Themen und ihrer inhaltlichen Vermittlung ausschließlich die hinlänglich bekannten Bewertungsmaßstäbe der genannten politischen Strömungen angelegt werden, liegt auf der Hand.
Daher verwundert es nicht, dass relevante Themen, wie Linksextremismus, steigende Ausländer- und Migrantengewalt sowie die zunehmende verbale wie körperliche Gewaltbereitschaft gegenüber Christen, Deutschen oder allgemein Menschen weißer Hautfarbe auch in den Schulen, konsequent ausgeblendet werden.

[5] Vgl. https://www.facebook.com/profile.php?id=61588136319004; letzter Aufruf: 09.07.2026.
[6] Vgl. rbb24 Brandenburg v. 08.06.2026. Anmoderiert wurde der Beitrag mit den Worten: „Die [Schule] will zum Netzwerk ‚Schule ohne Rassismus‘ gehören – aber das wollen die Eltern nicht. Klingt unglaublich. Was da los ist, zeigen wir Ihnen“, in: https://www.youtube.com/watch?v=5q-vdBKq0Mo; letzter Aufruf: 09.07.2026.
[7] Vgl. ebd.
[8] Vgl. Beitrag vom 08.06.2026: https://www.facebook.com/profile.php?id=61588136319004; letzter Aufruf: 09.07.2026.

Diese einseitige, eindeutig politische Ausrichtung des Netzwerkes wird auch durch die zahlreichen (Propaganda-)Materialien unterstrichen, die im „Courage-Shop“ käuflich erworben werden können – darunter:

- ein Plakat, wahlweise auch als Aufkleber erhältlich, mit erhobener, geballter linker Faust,[9]
- das Plakat „Flucht und Asyl – Solidarität. Jetzt!“,[10]
- der Aufkleber „Rassismus erkennen“ auf blauem Grund und roter Haifischflosse („Mindestbestellung [sic!] 10 Stück“),[11]
- das Plakat „Vielfalt lieben“,[12]
- das Plakat „großer Austausch“ [sic!][13] oder
- Publikationen aus der Reihe „Bausteine“ mit Themen wie „Das postkoloniale Klassenzimmer“, in der „die“ Geschichte Deutschlands als „Geschichte von imperialer Überheblichkeit und kolonialer Unterdrückung“[14] charakterisiert wird.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass, anders als von Unterstützern behauptet, eine umfassend-ausgewogene „Demokratiebildung“ oder „politische Bildungsarbeit“ an den teilnehmenden Schulen überhaupt nicht stattfinden kann und offensichtlich auch nicht stattfinden soll. Stattdessen wird unter dem Deckmantel von „Anti-Rassismus“ die Möglichkeit eröffnet, auch unter Hinzuziehung „externer Kooperationspartner“ Schüler systematisch im Sinne linker gesellschaftspolitischer Zielsetzungen weltanschaulich zu vereinnahmen und zu formen.

Ein jüngstes Beispiel dafür, was trotz der Plakette „Schule mit Courage“ und des damit verbundenen Bekenntnisses zu „Toleranz“, „Vielfalt“, „Respekt“, „Anti-Diskriminierung“ und Gewaltlosigkeit möglich ist, zeigte sich besonders eindrücklich an der Lehniner Grund- und Gesamtschule „Heinrich Julius Bruns“: Dort fuhr im Frühsommer im Rahmen des sogenannten Tags der Demokratie am 29. Mai 2026 der steuergeldfinanzierte „Adenauer SRP+“-Bus des „Zentrums für Politische Schönheit“ auf dem Schulgelände vor und präsentierte den Kindern und Jugendlichen u. a. Dr. Alice Weidel, Co-Bundessprecherin der AfD, in Häftlingskleidung hinter Gittern. Distanzierungen des verantwortlichen Schulleiters, des Bürgermeisters sowie des „Schule ohne Rassismus“-Projektpaten Udo Wernitz (SPD) von dieser Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne nebst Umsetzung von Verhaftungsfantasien gegenüber politisch Andersdenkenden sind nicht bekannt.
Bereits im April dieses Jahres waren Schüler der Jahrgangsstufen 9 und 10 des Hannah-Arendt-Gymnasiums (HAG) im niedersächsischen Barsinghausen ohne vorherige Information der Eltern von der Schulleitung dazu verpflichtet worden, geschlossen an einer Lesung des ehemaligen RBB-Podcasters, dezidiert linken Klimaaktivisten und „Antifaschisten“ Jakob Springfeld teilzunehmen. Angestoßen wurde die Veranstaltung durch die „Omas gegen Rechts“. Die Schulleitung reagierte auf den Unmut unter der Elternschaft mit der Rechtfertigung, politische Bildung könne nicht neutral sein.

[9] Vgl. https://www.schule-ohne-rassismus.org/produkt/plakat-aktion-courage/; letzter Aufruf: 09.07.2026.
[10] Vgl. https://www.schule-ohne-rassismus.org/courageshop/page/4/; letzter Aufruf: 09.07.2026.
[11] Vgl. https://www.schule-ohne-rassismus.org/produkt/aufkleber-rassismus-erkennen/; letzter Aufruf: 09.07.2026.
[12] Vgl. https://www.schule-ohne-rassismus.org/produkt/plakat-vielfalt-lieben-gerollt/; letzter Aufruf: 09.07.2026.
[13] Vgl. https://www.schule-ohne-rassismus.org/produkt/plakat-grosser-austausch/; letzter Aufruf: 09.07.2026.
[14] Vgl. https://www.schule-ohne-rassismus.org/produkt/baustein-12-das-postkoloniale-klassenzimmer/; letzter Aufruf: 09.07.2026.

Auch diese Schule ist seit dem Jahr 2020 Mitglied im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.[15]
Tatsache ist, dass allein in diesen beiden Fällen – sowohl in Lehnin als auch in Barsinghausen – eklatant, gezielt und kalkuliert gegen die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses, insbesondere gegen das Überwältigungsverbot, verstoßen wurde – geduldet oder explizit unterstützt durch die verantwortlichen Schulleitungen. Ähnliche Vorfälle in „Courage-Schulen“ ereigneten sich im gesamten Bundesgebiet.[16]

Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist nicht überparteilich, sondern verfolgt und befördert ausschließlich linke politische Zielsetzungen im schulischen Kontext und bringt damit ganze Bildungseinrichtungen im vielbeschworenen „Kampf gegen Rechts“ unter Missachtung des Neutralitätsgebots in Stellung. Aus diesen Gründen verbietet sich auch jedwede weitere staatliche finanzielle Unterstützung oder aktive Bewerbung.

[15] Vgl. „Neutralitätsgebot? Schüler werden zu Veranstaltung der Omas gegen Rechts verpflichtet“, in: https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/schueler-werden-zu-veranstaltung-der-omas-gegen-rechts-verpflichtet/ (14.04.2026); letzter Aufruf: 09.07.2026.
[16] Vgl. u.a. „Hannoversche Schulen rufen zum ‚Sternmarsch‘ gegen Rechts auf“, in: https://nius.de/gesellschaft/schulen-hannover-sternmarsch-gegen-rechts (28.05.2026); letzter Aufruf: 09.07.2026; „Auch an Grundschulen: Das Courage-Netzwerk dreht Bildungseinrichtungen auf links“, in: https://nius.de/gesellschaft/ngo-komplex-an-schulen-courage-netzwerk-linke-ideologie-bildungseinrichtungen (30.04.2026); letzter Aufruf: 09.07.2026.